



AZADÎ
FREIHEIT

Tagung

Die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden Abbau demokratischer Grundrechte am Beispiel von Bayern

am 23. November 2019
im EineWeltHaus in München (Schwanthalerstr. 80, 80336 München)
von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Eröffnung

(10.00 – 10.15 Uhr)

Sitzung 1: Politisch-rechtliche Einordnung und Hintergründe der Kriminalisierung

(10.20 – 13.00 Uhr)

1.1 Kurzer historischer Abriss der Repression gegen Kurd*innen in der BRD

Rechtsanwalt Carl W. Heydenreich, Bonn

Die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung hat die Justiz in der BRD mitgeprägt.

Vom „Düsseldorfer Prozess“ und dem „Kurden-Käfig“ 1988 über das PKK-Betätigungsverbot 1993 bis hin zu den „Terrorismus-Paragrafen“ §§ 129a und 129b des Strafgesetzbuchs.

1.2 Aktuelle Verfolgung der kurdischen Bewegung in Bayern

Rechtsanwalt Mathes Breuer, München

Bayern hat sich in der Vergangenheit besonders mit der Verfolgung linker Bewegungen hervorgetan. Insbesondere seit 2017 haben die Strafverfolgungsbehörden zahlreiche Verfahren wegen des Zeigens vermeintlich verbotener Symbole eingeleitet.

1.3 Deutsch-türkische Beziehungen und ihre Auswirkungen auf kurdische Exil- und Solidaritätsstrukturen

AZADÎ-Vorstandsmitglied Dr. Elmar Millich, Berlin

Welche gemeinsamen politischen Interessen Deutschlands und der Türkei drücken sich in der juristischen Verfolgung der kurdischen Bewegung in Deutschland aus?

Diskussion

(11.50 – 13.00 Uhr)

Mittagspause

(13.00 – 14.00 Uhr)

Sitzung 2: „Repression trifft Einzelne, gemeint sind wir Alle!“

(14.00 – 15.15 Uhr)

Die Repression zielt zwar auf Bewegungen und Organisationen ab, trifft aber immer Einzelne. Was macht das mit einem? Wie kann sich dagegen gewehrt werden? Im persönlichen Gespräch mit von Repression Betroffenen - wie **Claus Schreer** (langjähriger Friedensaktivist) und **Uli Bez** (Filmemacherin) - sollen die Erfahrungen und Folgen geteilt werden.

Sitzung 3: Antirepressionsarbeit und Solidarität sind unsere Antworten

(15.30 – 17.00 Uhr)

3.1 Konkrete Antirepressionsarbeit und Ansätze internationalistischer Solidarität in Bayern

Monika Morres, AZADÎ e.V., Köln
ROTE HILFE e.V., Ortsgruppe München

3.2. Autoritäre Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Polizeiaufgabengesetz (PAG) und anderen Gesetzesverschärfungen

Johannes König, Bündnis „noPAG – NEIN! Zum Polizeiaufgabengesetz Bayern“

Diskussion und Abschluss

(17.00 – 18.00 Uhr)

Veranstalter: Kurdisches Gesellschaftszentrum München e.V. und AZADÎ – Rechtshilfefonds für Kurd*innen in Deutschland e.V.

Mitveranstalter*innen: Bayerischer Flüchtlingsrat, ROTE HILFE München, Bündnis „noPAG – NEIN! Zum Polizeiaufgabengesetz Bayern“